

Verkauf:  
Dresden,  
in der Expedi-  
tion, N. Meißn.  
Gasse Nr. 2  
zu haben.

# Sächsische Vorzeitung.

Preis:  
vierteljährlich  
12 1/2 Rgr. Zu  
bezahlen durch  
alle Igl. Post-  
Anstalten.

Ein unterhaltendes Wochenblatt für den Bürger und Landmann.

Redacteur und Verleger: Friedrich Walther.

## Politische Weltschau.

**Deutschland.** Wie verlautet, wird die deutsche Bundesversammlung wegen der in der hollsteinischen Angelegenheit bevorstehenden Verhandlungen sich in diesem Sommer nicht vertagen. Die Abstimmung über die bereits früher mitgetheilten Ausschussanträge soll bekanntlich in nächster Woche, den 9. Juli, stattfinden. — Der Senat zu Frankfurt hat es abgelehnt, die Entsendung der Bundesstruppen aus der Stadt bei der Bundesversammlung zu beantragen.

In Mannheim ist am 28. Juni das erste badische Landesschießen eröffnet worden, welches nicht allein die Schützengenossen des Großherzogthums, sondern auch viele Besucher aus den Nachbarstaaten vereinigt. Der Großherzog wohnte der Eröffnung des Festes bei und wurde mit lautem Jubel empfangen; an seine bei dem Bankett gesprochenen Dankesworte knüpfte er den Wunsch, daß das Schützenwesen auch fernerhin einen guten Fortgang nehmen möge. Die bei dieser Gelegenheit gehaltenen Reden trugen einen vorwiegend politischen Character und es gab sich in denselben eine warme deutsche Gesinnung kund.

In der Zollvereinsfrage entwickelt Baiern eine ganz besondere Thätigkeit, welche den Fortbestand des Zollvereins ernstlich in Frage zu stellen droht und sich überhaupt weit mehr auf politische Motive als auf die eigenen Landesinteressen zu stützen scheint. Nachdem Preußen sich dahin erklärt hat, daß eine Verhandlung über die von Oesterreich in Bezug auf eine neue Regulirung der Zollverhältnisse gemachten Propositionen nur erst dann möglich sein wird, wenn die Annahme des deutsch-französischen Handelsvertrags und der Fortbestand des Zollvereins gesichert erscheint, hält es die bairische Regierung für gerathen, schon jetzt die deutschen Regierungen, auf deren Zustimmung sie rechnen zu dürfen glaubt, zur Bildung eines süd-deutschen Zollvereins aufzufordern und die Fortsetzung und Erweiterung des Verhältnisses zu Oesterreich als Hauptzweck an die Spitze zu stellen. Die gedrückte Lage, in welcher sich gegenwärtig Preußen durch die Schuld seiner eigenen Regierung gebracht hat, trägt allerdings dazu bei, derartige sonderbündlerische Bestrebungen zu unterstützen; aber dessenungeachtet haben die letzteren auf einen Erfolg schwerlich zu rechnen. Die materiellen Interessen, welche dabei in Frage kommen, werden schließlich trotz aller politischen Sympathien und Antipathien den Ausschlag zu Gunsten des ungeschmälernten Fortbestandes des Zollvereins geben, wenn es auch noch eine gute Weile dauern wird, ehe man zur Erkenntniß des eigenen Vortheils gelangt.

In Württemberg ist man seit einigen Jahren überaus thätig, berühmten Männern, welche aus dem Schwabenlande stammen, Denkmäler zu errichten. Auch dem bekannten und im Leben oft verkannten Nationalökonomisten List, dessen schaffender Geist zuerst den Bau der Leipzig-Dresdner Eisenbahn anregte, wird jetzt in seiner Vaterstadt Reutlingen ein Denkmal errichtet, zu welchem am 23. Juni der Grundstein gelegt wurde. Bekanntlich nahm sich List, dessen patriotisches Streben erst nach seinem Tode die verdiente Anerkennung fand, von Krankheit und Trübsinn überwältigt 1846 in Ruffein durch einen Pistolenschuß das Leben.

In Cassel ist am 30. Juni das Finanzgesetz publicirt worden und damit dem Lande die erste bedeutsame Frucht

fünfundzwanzigster Jahrgang. III. Quartal.

eines 13jährigen Verfassungskampfes gereift. Die Steuern werden nunmehr wieder auf Grund ständischer Bewilligung erhoben und die Staatsausgaben unterliegen derselben Controle.

In einer Ende voriger Woche in Weimar abgehaltenen Conferenz ist es gelungen, wegen Verwendung der Erträgnisse der Schiller-Lotterie ein allseitig befriedigendes Uebereinkommen zwischen dem Hauptverein der National-Lotterie und dem Verwaltungsrathe der deutschen Schillerstiftung abzuschließen. Hiernach werden der genannten Stiftung, deren Verwaltung ihren Sitz in Weimar hat, vier Fünftheile der Zinsen des ihr aus den Erträgnissen jener Lotterie zugewiesenen Vermögens von 300,832 Thlr. in halbjährlichen Raten ausgezahlt. Das Kapital selbst bleibt aber in Dresden und wird von dem k. Kultusministerium verwaltet. Das noch übrige Fünftel der jährlich fälligen Zinsen soll von der Dresdner Zweigstiftung nach eigenem Ermessen statutengemäß verwendet werden. Das obengenannte Kapital von 300,832 bildet zwei Dritttheile des Reinertrags der Schiller-Lotterie; ein Dritttheil ist bekanntlich der Tiedge-Stiftung überwiesen.

**Preußen.** König Wilhelm wird bis zum 20. Juli in Karlsbad bleiben und sich dann von dort nach Gastein begeben. — Wie die „Süddeutsche Ztg.“ aus angeblich zuverlässiger Quelle erfahren haben will, soll der Kronprinz von Preußen wegen seiner Aeußerungen in Danzig zwei Tage Militärarrest erhalten haben. — Die Verwarnungen, welche auf Grund der Preserverordnung den liberalen Blättern ertheilt werden, nehmen ihren Fortgang und es sind bis jetzt ungefähr 50 Zeitungen davon betroffen worden, obgleich die gesammte Presse mit großer Vorsicht auftritt. In Berlin wurde sogar das vom Stadtrathe herausgegebene Communalblatt wegen eines Berichtes über die dasige Stadtverordneten-Sitzung mit Beschlagnahme belegt. In Breslau wurde am 25. Juni der Vorsitzende der Stadtverordneten von der Regierungsbehörde mit einer zweiten Geldstrafe von 100 Thlrn. belegt, weil er in der letzten Sitzung das Referat über die Schritte, welche die vom Collegium nach Berlin gesandte Deputation gethan, übernommen hatte. Den Vicevorsitzer traf ebenfalls eine Strafe von 100 Thlrn., weil er darauf angetragen hatte, daß jener Deputation für ihre Bemühungen ein besonderer Dank votirt werde. Der Reactionspartei, welche jetzt oben auf schwimmt, ist dies Alles nicht genug; sie verlangt ein noch entschiedeneres Auftreten der Regierung gegen jede liberale Regung, und einer ihrer Koryphäen, der Justizrath Wagener äußerte neulich in einer Versammlung des Preussischen Volksvereins: „was bis jetzt geschehen sei, verhalte sich zu der eigentlichen Aufgabe der Regierung wie das Schleifen der Sense zur Ernte.“

**Oesterreich.** Beide Häuser des Reichsraths haben die Thronrede durch Adressen beantwortet, welche auf schriftlichem Wege an den Kaiser gelangt sind. Der Adressentwurf des Herrenhauses giebt ein erfreuliches Zeugniß, daß die Aristokratie Oesterreichs aufrichtig bereit ist, an dem Ausbau der neuen Verfassung kräftig mitzuwirken und mit patriotischem Eifer Alles zu thun, was die Ausführung und Befestigung derselben zu fördern vermag. Die unveränderte Annahme des Entwurfs, in welcher auch die polnische Frage nicht unberührt geblieben, erfolgte einstimmig und ohne vorherige eingehende Verhandlung. Dagegen nahm im Abgeordnetenhaus die Adressdebatte mehrere Sitzungen in Anspruch, denn es wurden nicht allein die inneren